



*Jesus Christus spricht:
Euer Herz erschrecke nicht!
Glaubt an Gott und glaubt an
mich!*

(Johannes 14,1)

**BERICHT
ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE
BEDEUTSAMEN EREIGNISSE**

der Landessynode
gemäß Artikel 139 der Kirchenordnung
erstattet von

Präses Nikolaus Schneider

*Sperrfrist: 11. Januar 2010, 13.00 Uhr
(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Gliederung:

I. Wir glauben: Gott ist Schöpfer und Herr der Welt!

- I.1 Gott als Schöpfer der Welt
- I.2 Gott als Herr der Zeit

II. Wir glauben: Jesus Christus ist das lebendige Gotteswort!

- II.1 Kreuzestheologie ist Hoffnungstheologie
- II.2 Kreuzeserfahrungen in der Welt
- II.3 Kreuzeserfahrungen in unserer Kirche

III. Wir glauben: Gottes Geist verändert uns und unsere Gegenwart!

- III.1 Hoffnungszeichen durch theologische Grundbildung
- III.2 Hoffnungszeichen durch kirchliche Initiativen
- III.3 Hoffnungszeichen durch „Basic Income Grant“ (BIG)
- III.4 Hoffnungszeichen gegen Armut von Kindern
- III.5 Hoffnungszeichen für langjährig geduldete Flüchtlinge
- III.6 Hoffnungszeichen gegen die Schrecken des Klimawandels

IV. Wir glauben: Gott schenkt uns Weggemeinschaft!

- IV.1 Weggemeinschaft in der Kirchengeschichte
- IV.2 Weggemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland
- IV.3 Weggemeinschaft in der Ökumene
- IV.4 Weggemeinschaft mit Israel
- IV.5 Weggemeinschaft mit anderen Religionen
- IV.6 Weggemeinschaft mit säkularen Gruppen und Institutionen

V. Schlussbemerkung

„Wir glauben: Gott ist in der Welt“

Bericht über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Jesus Christus spricht:

Euer Herz erschrecke nicht!

Glaubt an Gott und glaubt an mich!

(Johannes 14,1)

Die Losung für das vor uns liegende Jahr ist Teil der Abschiedsreden Jesu an seine Jünger. Jesus ermutigt sie gegen alle Schrecken und Ängste:

„Glaubt an Gott und glaubt an mich!“ Vertraut auf Gottes und auf mein Weggeleit, auch wenn wir für euch nicht direkt sichtbar und greifbar sind.

Lasst euch auch inmitten aller Bedrängnisse und aller Todeserfahrungen nicht zu Tode erschrecken. Gott ist gegenwärtig! Und wo ihr euch in meinem Namen versammeln werdet, da bin ich in der Kraft des Heiligen Geistes mitten unter euch!

Glaube,

das ist der „Dreh- und Angelpunkt“ der Losung für das vor uns liegende Jahr 2010, Glaube an Gott und Glaube an Jesus Christus.

Glaube, das ist die „Agenda 2010“ für Christenmenschen und für die Kirche.

Glaube entsteht, weil Gott sich in unserer Welt offenbart.

Glaube lebt durch die Liebe Gottes zu uns Menschen.

Glaube geschieht in der antwortenden Lebensbindung des Menschen an Gottes Wort.

Glaube wird konkret sichtbar und erfahrbar im Gotteslob und Bekenntnis glaubender Menschen und in der tätigen Liebe von Menschen untereinander.

Christlicher Glaube zaubert die Schrecken dieser Welt und die Schrecken unseres Lebens nicht einfach weg.

Christlicher Glaube ist nicht „Opium fürs Volk“. Er benebelt unsere Sinne nicht so lange mit frömmelndem Geschwätz, bis uns alle Schrecken dieser Welt unbedeutend und klein vorkommen.

Unser Glaube nimmt die Schrecken des Lebens ernst, aber:

Als Glaubende bleiben wir uns in allen Bedrängnissen der Liebe Gottes gewiss.

Unser Glaube schenkt uns die Kraft, den Schrecken der Gegenwart offen ins Auge zu sehen und - auch gegen den Augenschein - auf Gottes Zukunft zu setzen.

Christlicher Glaube erwächst aus der Erfahrung und bezeugt die Erfahrung:

Gott ist in der Welt!

Alle für unsere Kirche „bedeutsamen Ereignisse“ sind Erfahrungen und Zeugnisse dieses Glaubens. Davon gibt es sehr viele: In Worten und Taten, in privaten Beziehungen und im öffentlichen Leben erfahren und bezeugen Glaubende Gottes Gegenwart in unserer Welt. In diesem Bericht kann ich nur exemplarisch einiges davon zur Sprache bringen.

„Wir glauben Gott ist in der Welt“ -

so heißt ein Bekenntnislied von Gerhard Bauer, das gleichsam eine theologische Auslegung unserer Jahreslosung ist und das meinen diesjährigen Bericht über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse gliedert und begleitet.

Die Synode singt das Lied „Wir glauben: Gott ist in der Welt“ (Strophe 1 - 6).

I. Wir glauben: Gott ist Schöpfer und Herr der Welt!

„Wir glauben: Gott ist in der Welt.

Der Leben gibt und Treue hält.

Er fügt das All und trägt die Zeit: Erbarmen bis in Ewigkeit.“

Glaube ist nach biblischem Verständnis eine „Herzens-Sache“.

Das „Herz“ wird in den Texten der Heiligen Schrift jedoch nicht in Abgrenzung vom „Verstand“ nur als Sitz von Gefühlen verstanden. Es ist vielmehr das ganze innere Zentrum des Menschen, aus dem sein Wollen und Wünsen, sein Entscheiden, Urteilen und sein Empfinden entspringen.

Alle wesentlichen menschlichen Fähigkeiten werden in der Bibel dem Herzen zugeschrieben. Das menschliche Herz kann glauben, lieben und hoffen. Es kann erschrecken und zur Ruhe finden. Es kann abwägen und denken. Es kann in die Irre gehen, aber es kann auch umkehren und sich verändern.

Glaube ist deshalb keine reine Gefühlsangelegenheit.

So wenig wie unser Lieben das Denken und Verstehen außen vor lassen darf, wenn es nachhaltig und tragfähig sein will, so wenig darf auch unser Glauben den Verstand und die Vernunft ausklammern, wenn es unser Herz vor lähmendem Schrecken bewahren will.

Martin Urban hat in einem polemischen Artikel „Der Außenseiter Vernunft“¹ unter Absehung dieser Zusammenhänge behauptet: „Die Kirchen fühlen sich hierzulande zuständig für die religiösen Gefühle. [...] Die Vernunft darf traditionell außen vor bleiben.“

¹ Süddeutsche Zeitung, Nr. 262, 13. November 2009, Seite 13.

Ich halte dagegen:

Unsere Kirche weiß sich zuständig für das Zeugnis von der Gegenwart Gottes in der Welt mit Wort und Tat, mit Gefühl und Vernunft, mit Herz und mit Hand!

Gott als den Schöpfer unserer Welt und den Herrn allen Lebens zu glauben heißt deshalb nicht, die Vernunft auszugrenzen und alles wissenschaftliche Forschen und Erkennen zu ignorieren oder gar zu verteufeln.

I.1 Gott als Schöpfer der Welt

Unser Schöpfungsglaube verlangt keine pauschale Verwerfung der Entwicklungstheorien Darwins als antichristliches oder Gott lästerndes Denken.

Schöpfungsglaube lässt sich konkret nicht bekennen und nicht bezeugen ohne naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Theorien, die auf der Höhe der Zeit sind. Wir brauchen Theologinnen und Theologen, die sprachfähig sind auch in Bezug auf neueste naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Und wir brauchen Naturwissenschaftler und Naturwissenschaftlerinnen, die offen sind für theologisches Fragen und Denken, Gewichten und Bewerten.

Ich danke allen Lehrenden und Lernenden der Theologie an unseren theologischen Fakultäten, Hochschulen, Schulen und Akademien, allen Pfarrerinnen und Pfarrern und allen Christenmenschen, die dafür sorgen, dass die Vernunft in unserer Kirche nicht „außen vor“ bleibt.

Und ich danke den Mitgliedern des Gesprächskreises Theologie/Naturwissenschaften, die mit engagierten Diskussionen dazu beitragen, dass Vernunft und Schöpfungsglaube sich nicht gegenseitig ausschließen.

In und außerhalb unserer Kirche haben wir in den vergangenen Jahrzehnten die Janusköpfigkeit wissenschaftlicher Errungenschaften - wie etwa der Atomkraft und der Gentechnik - leidvoll erfahren. Deshalb müssen wir zusammen mit der Naturwissenschaft und den politisch Verantwortlichen darüber debattieren, wo die uns von Gott geschenkte und vor Gott zu verantwortende Würde des Lebens verletzt wird.

So ist es für mich um Gottes und um der Menschen willen unerträglich, wenn Leben künstlich produziert und Menschen gezüchtet werden sollen. Dabei wird das Erzielen von Rendite zu einem der Menschenwürde vorgeordnetem Ziel. So werden Menschen zur Ware gemacht.

Biblischer Schöpfungsglaube versteht das Schöpfungshandeln Gottes nicht als absichtslose Spielerei einer amorphen und anonymen Macht. Biblischer Schöpfungsglaube bekennt Gott als allmächtigen Schöpfer und zugleich als „personalen“ Gott, der mit uns Menschen in Beziehung tritt. Der Mensch wird - anders als alle Tiere - nach „dem Bilde Gottes“ geschaffen, also in Freiheit zur Verantwortung gerufen und zur Verantwortung befähigt. Der Mensch hat die Fähigkeit, Gottes Wort zu hören und die Freiheit, in der Bindung an Gottes Wort zu leben - oder eben nicht.

Die Bibel erzählt uns von dem hohen Preis, den Menschen für den Missbrauch dieser Freiheit bezahlen. Sie berichtet aber auch: Trotz allen menschlichen Versagens und trotz aller menschlichen Schuld hört Gott nicht auf, uns Menschen zu lieben und neue Wege mit uns und für uns Menschen zu suchen.

I.2 Gott als Herr der Zeit

„Gott fügt das All und trägt die Zeit: Erbarmen bis in Ewigkeit.“

Das Glaubenslied besingt Gott als Schöpfer der Welt und Herrn der Zeit - der Weltzeit und unser aller Lebenszeit - und bekennt zugleich Gottes grenzenloses Erbarmen.

In diesem Glauben können wir als Kirche die Selbsttötung eines Menschen nicht grundsätzlich als seine ihm zustehende „freie“ Entscheidung würdigen und bejahen. Aber in diesem Glauben steht es uns auch nicht zu, im Namen Gottes alle Menschen pauschal und grundsätzlich zu verurteilen, die ihr Leben selbst beenden. In unserer Kirche hat sich - Gott sei Dank! - die

Erkenntnis durchgesetzt, dass Menschen „aus niedrigen Motiven am Leben bleiben und aus edlen Motiven aus dem Leben gehen“² können.

Bonhoeffer führt in seiner Ethik eindrücklich aus, dass die Selbsttötung eines Menschen als bewusstes Opfer des eigenen Lebens für andere Menschen nicht als Missbrauch der uns von Gott geschenkten Freiheit verurteilt werden kann. Auch eine Selbsttötung in Depression und Verzweiflung kann nicht einfach als Sünde und Schuld angeprangert werden. Depressive Menschen sehen und erleben sich in Ausweglosigkeiten, in denen auch Mitmenschen und das christliche Zeugnis von der Liebe Gottes sie nicht mehr erreichen können. Sie gehen sich selbst verloren. Gerade auch ihnen gilt: Gottes Erbarmen ist stärker als die Schuld ihrer Selbsttötung.

Deshalb bin ich dankbar, dass im November des letzten Jahres in unseren Kirchen nicht verurteilende Worte über Robert Enke und tröstende für die um ihn trauernden Menschen gesprochen wurden. Und das gilt beispielhaft für alle, die mit einem ähnlichen Schicksal der breiten Öffentlichkeit unbekannt bleiben.

Auch die Frage nach einer grundsätzlichen kirchlichen Verurteilung jeder Form von „aktiver“ Sterbehilfe wird uns in den kommenden Jahren weiter begleiten. In konkreten Fällen und gegenüber konkreten Menschen wird uns auch hier unsere Hoffnung auf Gottes liebevolles Erbarmen angemessene Worte finden lassen. Aber grundsätzlich bleibt das unverzichtbare Zeugnis von uns Christenmenschen und von unserer Kirche: Gott ist der Herr über unsere Zeit und unser Leben!

Die Synode singt aus dem Lied „Wir glauben: Gott ist in der Welt“ die Strophen 2 und 3.

² Dietrich Bonhoeffer, Werke. Band 6. Ethik, herausgegeben von Ilse Tödt u.a., Gütersloh, 1998, Seite 194f.

II. Wir glauben: Jesus Christus ist das lebendige Gotteswort!

„Wir glauben: Gott hat ihn erwählt, den Juden Jesus für die Welt.

Der schrie am Kreuz nach seinem Gott,

der sich verbirgt in Not und Tod.

Wir glauben: Gottes Schöpfermacht hat Leben neu ans Licht gebracht.

Denn alles, was der Glaube sieht,

spricht seine Sprache, singt sein Lied.“

„Euer Herz erschrecke nicht!“ - Dieser Imperativ unserer Jahreslosung provoziert Widerspruch, auch den Widerspruch von Glaubenden!

Das Erschrecken unseres Herzens im Sinne von „Erschütterung“ und „betroffenem Innehalten“ bewegt uns zur Buße und Umkehr. Dieses Erschrecken unseres Herzens können und sollen wir nicht vermeiden!

Das griechische Wort unserer Losung für „erschrecken“ erlaubt auch die Übersetzung „verwirren“ oder „zu Tode erschrecken“:

Euer Herz „verwirre“ euch nicht. Verschließt euch nicht gegenüber Gottes Gegenwart in der Welt!

Euer Herz „erschrecke sich nicht zu Tode“. Haltet euer Denken und Fühlen offen für Gottes Leben schenkende Schöpfermacht!

Christlicher Glaube verschweigt und beschönigt nicht all die Schrecken unseres Lebens und unserer Welt, die uns immer wieder Anlass und Grund geben für die Erschütterung unserer Herzen.

Christlicher Glaube bewahrt uns nicht vor eigenem Leiden und stumpft uns nicht ab gegenüber dem Leiden anderer.

Christenmenschen entwickeln kraft ihres Glaubens kein „dickes Fell“ und kein „steinernes Herz“.

II.1 Kreuzestheologie ist Hoffnungstheologie

Christlicher Glaube schenkt uns die Kraft, den Schrecken der Welt realistisch zu begegnen, unser persönliches Leiden zu tragen und unser Mitleiden mit anderen in tätige Barmherzigkeit umzuwandeln.

Denn in der Vergegenwärtigung von Jesu Leben, Leiden und Sterben und im Glauben an Jesu Auferstehung erkennen wir den Grund unserer Hoffnung:

Kreuzestheologie ist Hoffnungstheologie!

Gottes Schöpfermacht hat sich im Ostergeschehen als stärker erwiesen als alle Todesmächte unserer Welt, sie „hat Leben neu ans Licht gebracht“.

Ostern ist das tragende Fundament aller christlichen Kreuzestheologie. „Ist aber Christus nicht auferstanden, so ist unsere Predigt vergeblich, so ist auch euer Glaube vergeblich.“, schreibt Paulus an die Christenmenschen in Korinth, „Hoffen wir allein in diesem Leben auf Christus, so sind wir die elendesten unter allen Menschen.“ (1. Kor. 15, 14 u. 19)

Deshalb und nur deshalb, weil der Gottessohn Jesus Christus den Tod auf sich nahm **und** weil Gott ihn vom Tode auferweckte, haben wir und hat unsere Kirche eine begründete Hoffnung trotz aller Schrecken dieser Welt und über jeden Tod hinaus. Deshalb ist das „Wort vom Kreuz“ für Christenmenschen keine Torheit, sondern Hoffnung schenkende Gotteskraft!

Kreuzestheologie, also das Nachdenken und Reden über die Bedeutung von Tod und Auferstehung Jesu für aller Menschen Leben und Sterben, ist unverzichtbar für unseren persönlichen Glauben und für das Zeugnis unserer Kirche.

Ich bin dankbar, dass in unserer Landeskirche auf allen Ebenen eine intensive theologische Debatte über die Kreuzestheologie geführt wird.

Schwierigkeiten bereitet vielen Menschen die Frage, ob „Jesu Blut für unsere Sünden“ um Gottes Willen fließen musste. Diese Frage kann nicht unter der Überschrift „notwendige Abschiede“ diskutiert werden. Wie bei allen theologischen Fragen und Auseinandersetzungen haben wir uns als Christenmenschen und als Kirche dem uns in der Heiligen Schrift bezeugten Wort Gottes zu stellen. Das gilt auch für jene Worte, die unserer Vernunft „gegen den Strich“ gehen. Die Frage „Was ist dem Verstand eines aufgeklärten und modernen Menschen zumutbar?“ darf nicht das entscheidende Wahrheitskriterium für biblische Deutungen des Kreuzestodes Jesu sein. Denn sonst würden wir uns und die Weltanschauungen unserer Zeit zu dem entscheidenden Maßstab für biblische Texte machen.

So wenig die Vernunft und unser Weltverständnis bei unserem Glauben außen vor bleiben dürfen, so wenig dürfen sie zum alleinigen Maßstab für Glaubenswahrheiten erhoben werden. Wir binden unseren Gottesglauben an den lebendigen Gott und an den geschichtlichen Menschen Jesus von Nazareth. Unser Glaube beruht nicht auf abstrakten Prinzipien und nicht auf widerspruchsfreien Theorien. Eine kritische Theologie weiß immer auch um die eigenen Erkenntnisgrenzen und um die Unvermeidbarkeit logischer Brüche.

Bei allem Forschen und Denken bleibt es - auch für Theologinnen und Theologen - logisch nicht begreifbar und nicht begründbar, warum Gott seine Schöpfung und vor allem: warum er uns Menschen liebt. Und in der Geschichte Jesu Christi - in seinem Weg ans Kreuz und in seiner Auferweckung - Gottes Weg der Erlösung für alle Menschen zu erkennen, das wird für unseren Verstand und für unsere Vernunft immer auch ein „Geheimnis des Glaubens“ bleiben.

Andererseits: Gerade weil uns in der Heiligen Schrift die Offenbarungen Gottes und auch die Kreuzestheologie nur in „irdenen Gefäßen“, also vermischt mit menschlicher Erkenntnis und in Gestalt von vielfältigen

Menschenworten begegnen, können wir beim Lesen und Studieren der Bibel unseren Verstand nicht einfach abschalten.

Das einfache Wiederholen alter theologischer Sprachmuster zur Kreuzestheologie zeugt deshalb ebenso wenig von der gegenwärtigen Wirksamkeit des Heiligen Geistes wie ein leichtfertiges Abwerfen theologischer Traditionen.

II.2 Kreuzeserfahrungen in der Welt

„Wir glauben: Gott ist in der Welt!“

Damit geben wir Zeugnis von der Hoffnung und dem Mut, die uns aus dem Glauben an Gottes Gegenwart in der Welt erwachsen.

Wir geben Zeugnis von Hoffnung im Leiden und über den Tod hinaus.

Wir geben Zeugnis von dem Mut, den Schrecken unserer Gegenwart realistisch ins Auge zu sehen und uns trotzdem nicht lähmen zu lassen.

Ich will einige dieser Schrecken hier nur exemplarisch nennen und dann etwas ausführlicher zu den Schrecken kriegerischer Auseinandersetzungen mit Blick auf Afghanistan Stellung nehmen:

- die **Schrecken persönlicher Lebenskrisen:**

Krankheiten, das Sterben geliebter Menschen, das Zerbrechen von Freundschaften und Beziehungen, der Verlust des Arbeitsplatzes zeigen uns oft schmerzlich, wie zerbrechlich unser irdisches Glück ist.

- die **Schrecken der weltweiten Wirtschaftskrise:**

Jeder Tag macht uns neu deutlich, wie wenig Einfluss wir haben und wie selten wir die eigentlichen Akteure identifizieren oder haftbar machen können. Grundlegende Veränderungen sind nicht zu erkennen.

- die **Schrecken, dass bewährte Solidarsysteme nicht mehr wirken:**

Das soziale und gegenseitig verantwortliche Miteinander in unserer Gesellschaft wird immer weiter ausgehöhlt, die Schere zwischen Armen und Reichen spreizt sich weiter und die Armut von Kindern in unserem Land hat erschreckende Ausmaße angenommen.

- die **Schrecken der nachlassenden weltweiten Solidarität:**

Unsere weltweiten ökumenischen Kontakte machen uns darauf aufmerksam, wie Elend und Hunger in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zunehmen. Und die „Festung Europa“ zeigt z. B. durch militärische Aktionen gegen Flüchtlingsschiffe vor Europas Grenzen ein unmenschliches Gesicht.

- die **Schrecken des Klimawandels:**

Bilder und Berichte von Dürrekatastrophen in Afrika und von Überschwemmungen in Bangladesh, von Tornados, Hurrikans und Taifunen führen uns die Auswirkungen des Klimawandels fast täglich vor Augen, und wir spüren selbst in unseren Nahbereichen schon erste Wirkungen.

- die **Schrecken kriegerischer Auseinandersetzungen:**

Nicht nur in Israel und Afghanistan werden Friedenspläne und auf Frieden zielende Lösungsschritte durch die Eigendynamik kriegerischer und terroristischer Gewalt immer wieder neu zerschlagen und lassen uns nur schwer gangbare Wege aktiver Friedensarbeit finden.

In Afghanistan töten und sterben deutsche Soldaten. Im Namen des deutschen Volkes wird Krieg geführt, wenn auch nicht gegen die Armee eines Staates, so doch gegen Terrorgruppen der Taliban. Das ist uns allen in den letzten Wochen bewusst geworden, besonders nach dem von einem deutschen Oberst angeforderten Bombardement in Kundus.

Quer durch alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen und auch in unserer Kirche diskutieren wir neu die Definition des Wortes „Krieg“. Und wir

fragen mit neuer Intensität politisch und theologisch nach den Rechtfertigungsgründen militärischer Gewalt. Die Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“³ bindet den Einsatz militärischer Gewalt an „Recht-schaffende“ und „Recht-erhaltende“ Gewalt.

In Afghanistan wüten Terroristen gegen das eigene Volk. In Afghanistan werden Mädchen und Frauen brutal verletzt oder ermordet, wenn sie Schulen besuchen und ihr Leben eigenständig gestalten wollen. In Afghanistan werden Recht und Gerechtigkeit im Namen einer verblendeten und unmenschlichen Religiosität mit Füßen getreten. Der Einsatz militärischer Gewalt ist deshalb meines Erachtens nach den Kriterien unserer Friedensdenkschrift zumindest nicht grundsätzlich abzulehnen.

Die Friedensdenkschrift der EKD fordert aber für jeden militärischen Einsatz klare Zielsetzungen, ein umfassendes Konzept und eine Ausstiegsstrategie als rechtfertigende Kriterien solcher Gewaltanwendung. Deren Fehlen stellt die Legitimität des Einsatzes in Frage. Politik und Militär sind hier national wie international dringend gefordert.

So wenig ein Abzug deutscher Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan ‚Hals über Kopf‘ zu verantworten ist, so dringend muss gemeinsam mit Repräsentanten der afghanischen Bevölkerung ein realistisches Ausstiegs-szenario erarbeitet werden. Und nicht nur im Parlament, sondern auch in der ganzen Gesellschaft ist der Diskurs über die Rolle der Bundeswehr im In- und Ausland offen und ehrlich zu führen.

Ein weiteres Anliegen in diesem Zusammenhang zu formulieren sei mir erlaubt: Wenn der deutsche Bundestag auf der Basis des Parlamentsbeteiligungsgesetzes den Auslandseinsatz der Bundeswehr mandatiert, dann sollte in Zukunft über die gesetzlichen Notwendigkeiten hinausgegangen werden. In dem Beschluss des Bundestages sollte es eine

³ Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, 2. Auflage Gütersloh 2007

militärische Mandatierung für die Bundeswehr und eine „zivile Mandatierung“ für deutsche Nichtregierungsorganisationen geben. Beides sollte klar beschrieben und gegeneinander abgegrenzt, auch die damit verbundenen Kosten sollten ausgewiesen werden. Das Missverhältnis zwischen den Summen, die für den militärischen und die für den zivilen Einsatz aufgebracht werden, sollte wenigstens deutlich werden.

Politik und Strategie sind das eine, persönliche Erfahrungen sind das andere. Der Krieg verändert deutsche Soldatinnen und Soldaten. Traumatisierende Erlebnisse sind unvermeidbar. Die Einsatzerfahrungen vor Ort lassen wenig Raum für ethisches Abwägen, wie wir es hier vollziehen können. Denken, Handeln und Fühlen werden fundamental von der alltäglichen Frage nach Leben und Überleben geprägt. Ein Militärseelsorger aus Afghanistan berichtet: „Man nähert sich dem Tier, das immer in Bereitschaft bleibt, zu fliehen oder zu beißen.“

Ist Krieg immer zu verwerfen? Wie viel Krieg darf und muss um des Rechts und der Gerechtigkeit willen sein? Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht, auch nicht für Christenmenschen.

Gott stärke unsere Herzen und unseren Glauben angesichts der Schrecken des Krieges.

II.3 Kreuzeserfahrungen in unserer Kirche

Die Evangelische Kirche im Rheinland mit ihren großen Strukturen und mit ihren kleinen Verästelungen existiert nicht in einem Schonraum. Auch wir hängen von den demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Land ab und müssen viele strukturelle und menschliche Spannungen innerhalb unserer eigenen Kirche erleben und bewältigen.

Muss nicht unser Herz erschrecken, wenn Kirchen und Gemeindehäuser aufgegeben werden, die für Generationen Zentren ihres Gemeindelebens waren?

Sicherlich darf man davon ausgehen, dass Presbyterien solche Entscheidungen nicht leichtfertig fällen. Sorgfältige Analysen der Entwicklungen in der Gemeinde und ihrer langfristigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind Grundlage solch einschneidender Beschlüsse. Und nicht immer ist es möglich, die Verlagerung der Gemeindegemeindearbeit in andere verbleibende Zentren der Kirchengemeinde durch neue Konzeptionen zu prägen. Oft bleibt nur eine jetzt verdichtete Mangelverwaltung.

Es muss uns bewusst bleiben, dass durch die Aufgabe von Gemeindezentren und die Fusion von Kirchenkreisen und Aufgabenfeldern nicht nur die Zahl der Pfarrstellen sinkt, sondern auch der Druck auf die Stellen aller Mitarbeitenden wächst. Das gilt auch für die landeskirchliche Ebene.

Es gibt vielfältige Gründe dafür, aber die sinkende Finanzkraft auf allen Ebenen unserer Landeskirche ist sicher der wesentliche Grund für die Aufgabe kirchlicher Gebäude und darüber hinaus für wachsende Spannungen in unseren Gremien und Gemeinden.

Unter Druck geraten dabei auch Ehrenamtliche, die - oft in jahrelangem Dienst tätig - das differenzierte Geflecht einer Kirchengemeinde mit ihren Gruppen und Aufgaben lebendig halten.

Die letzte Synode der EKD in Ulm hat sich mit ihrem Schwerpunktthema „Ehrenamt.Evangelisch.Engagiert“ den ehrenamtlichen Mitarbeitenden in unserer Kirche sehr wertschätzend zugewandt. Sie hat in der Kundgebung unter anderem festgestellt: „Das Verhältnis zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen wird durch den Rückgang finanzieller Ressourcen und die damit verbundene Sorge um den Arbeitsplatz belastet. Umso wichtiger ist ein Bewusstsein für die jeweils unterschiedlichen Rollen und Aufgaben. Ehrenamtliche können und sollen Hauptamtliche nicht ersetzen.“⁴ Die Synode in Ulm hat auch die wichtige Bedeutung von Fort- und Weiterbildung sowie pädagogischer und seelsorglicher Begleitung der Ehrenamtlichen betont. Kaum in den Blick kam allerdings die Situation der Überforderung mit Aufgaben und Verantwortung, in der sich auch Ehrenamtliche oft sehen oder die sie sich selber zumuten. Hier bedarf es meines Erachtens besonders aufmerksamer Begleitung, um ein „burn out“ von Engagierten im Dienst für andere zu vermeiden.

Auch die Situation und das Handeln unserer Landeskirche geben Anlässe, die zum Erschrecken von Herzen führen. Etwa, wenn die Maßnahmen zur Sicherung einer stabilen pfarramtlichen Versorgung für die nächsten Jahrzehnte missdeutet werden als diskriminierende „Ausortierung“ von vermeintlich Ungeeigneten.

⁴ Beschluss zur Kundgebung "Ehrenamt. Evangelisch. Engagiert", den die Synode der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zum Abschluss der 2. Tagung der 11. Synode am 29.10.2009 in Ulm verabschiedete.

Das von unserer Landessynode 2008 beschlossene Auswahlverfahren für die zu besetzenden Pfarrstellen schränkt zwar das freie Spiel der Kräfte auf dem Stellenmarkt unserer Kirche ein und es führt bei allen ablehnenden Entscheidungen zu menschlichen Enttäuschungen. Aber es ist weder willkürlich noch diskriminierend. Es ist vielmehr mit Blick auf die uns zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, die zu übernehmenden Aufgaben und die zu versorgenden Mitarbeitenden sorgsam geplant und organisiert. Gleichwohl bleiben kritische Auswertungen und Veränderungen der Verfahren weiterhin geboten und nötig.

Ich bitte deshalb alle an diesen Verfahren Beteiligten und von diesen Verfahren Betroffenen ihre Erfahrungen in konstruktive Weiterentwicklungen dieser zur Zeit notwendigen Instrumentarien einmünden zu lassen.

Die Verwaltungskammer unserer Kirche hat aufgrund verschiedener Klagen von Personen im Wartestand die von der Synode beschlossenen Verfahren überprüft. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Verfahren die betroffenen Personen rechtskonform behandeln und deshalb nicht zu beanstanden sind. Die Kammer hatte Revision zugelassen, die auch eingelegt wurde. Um endgültig Rechtssicherheit zu erlangen, müssen wir deshalb das Revisionsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof der UEK abwarten.

In einem anderen Verfahren beanstandete die Kammer, dass das Pfarrwahlrecht der Gemeinden nicht durch einfachen Beschluss der Landessynode eingeschränkt werden darf. Die nun anstehende Veränderung des Pfarrstellengesetzes wird mit der gebührenden Sorgfalt und unter Einhaltung der üblichen Verfahrensweisen vorbereitet.

Aufgrund des Beschlusses der vergangenen Synode wurde erstmals eine Pfarrvertretung in der Evangelischen Kirche im Rheinland gebildet. Die Kirchenleitung ist bestrebt, mit der Pfarrvertretung in einen konstruktiven und

sachlichen Dialog einzutreten, um bei der Behandlung der komplexen Fragen des Pfarrdienstes zu guten Lösungen zu kommen.

„Euer Herz erschrecke nicht!“ – so lautet der Imperativ aus dem Munde Jesu in unserer Jahreslosung. Jesus selbst hat die Schrecken dieser Welt erfahren und erlitten. Er wurde missverstanden und bekämpft. Er wurde von seinen Wegbegleitern verraten und verleugnet. Er wurde von den Mächtigen seiner Zeit gefoltert und gekreuzigt.

Bei alledem hat Jesus nicht aufgehört, zu glauben, zu hoffen und zu lieben.

Darum hat Gott ihn erhöht, hat ihn auferweckt von den Toten und für uns alle zum Weg- und Hoffnungszeichen für unzerstörbares Leben gemacht.

Im Glauben an die Auferstehung Jesu Christi und in seiner Nachfolge bezeugen wir unseren Glauben an Gottes Gegenwart und singen wir ein Hoffnungslied gegen die Schrecken unserer Welt und unserer Kirche!

Die Synode singt aus dem Lied „Wir glauben: Gott ist in der Welt“ die Strophen 4 und 5.

III. Wir glauben: Gottes Geist verändert uns und unsere Gegenwart!

„Wir glauben: Gott wirkt durch den Geist, was Jesu Taufe uns verheißt:

Umkehr aus der verwirkten Zeit und Trachten nach Gerechtigkeit.

Wir glauben: Gott ruft durch die Schrift, das Wort, das unser Leben trifft.

Das Abendmahl mit Brot und Wein lädt Hungrige zur Hoffnung ein.“

Hoffnung ist für Christenmenschen nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass Gott bei uns ist, egal wie es ausgeht!

Die Glaubensbindung an Gott und an Jesus Christus bewahrt uns vor Resignation und Lähmung, vor Verzweiflung und Zynismus. Wir können uns dem Wort Gottes und dem Wirken des Heiligen Geistes öffnen. Wir können uns und unsere Gegenwart verändern. Wir können hoffend handeln und Hoffnungszeichen setzen.

In der Nachfolge Jesu kann es für Glaubende nicht allein darauf ankommen, die Schrecken des ganz persönlichen Lebens zu bestehen. Das Evangelium zielt auf das Wohl „für alles Volk“ und auf das Heil für alle Welt. Deshalb begnügen wir uns nicht mit der Suche nach unserem ganz persönlichen Seelenheil. Deshalb glauben und handeln wir gegen alle Todesmächte und Schrecken dieser Welt. Deshalb treten wir ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im Großen und im Kleinen, in unseren privaten Beziehungen und im öffentlichen Leben, in politischen Fragen und bei der Ordnung und Gestaltung unserer Kirche.

Auch wieder nur exemplarisch kann ich Hoffnungszeichen benennen und beschreiben, die in unserer Kirche inmitten der Schrecken und gegen die Schrecken gesetzt wurden und gewachsen sind.

III.1 Hoffnungszeichen durch theologische Grundbildung

Theologische Grundbildung ist eine „innere Missionierung“ unserer eigenen Herzen. Sie gibt die Möglichkeit zum Innehalten, zur Ruhe und zum Nachdenken.

Theologische Grundbildung hilft uns auch in einer aktuellen Erfahrung persönlicher Gottesferne weiter zu leben, „trotz alledem“ zu glauben und neu zu hoffen. Die Kenntnis biblischer Geschichten und Bilder helfen, gegenwärtige Erfahrungen in einen größeren zeitlichen und sachlichen

Zusammenhang einzuordnen - eine Voraussetzung für dauerhafte und vertrauensvolle Glaubensbindung und für vernünftiges Handeln.

Ich bin dankbar für die vielfältigen Angebote unserer landeskirchlichen Jugendarbeit, jungen Menschen zur religiösen Sprachfähigkeit zu verhelfen. Sie kann dabei auf Ausarbeitungen und Untersuchungen zurückgreifen, die von der EKD angestoßen oder selbst durchgeführt wurden.

Auch unsere Erwachsenenbildung wendet sich an Familien, Männer und Frauen und an Senioren, um ihnen ein Verstehen und Einordnen ihrer jeweiligen Lebenssituationen im Horizont des Evangeliums zu ermöglichen.

Schließlich erwähne ich mit besonderer Freude die „Laienuni“ unserer Erwachsenenbildung, die vertiefte Kenntnisse vermittelt und eine anspruchsvolle Reflexion der Lebensfragen mit Hilfe theologischer Kategorien ermöglicht.

Theologische Grundbildung heißt auch, Ausdrucksformen der Frömmigkeit zu vermitteln und zu erproben. Beispielhaft sei hier das Beten genannt. Beten dient der Stärkung unseres Glaubens und unserer Lebenskräfte.

Lautes oder leises Sprechen mit Gott vergewissert uns der Gegenwart Gottes und schenkt uns ermutigende Selbstvergewisserung. Beten eröffnet einen größeren Gesprächszusammenhang, der aus Kleinmut und dem Rückzug auf eigene Befindlichkeiten herausführt.

Beten09 war deshalb eine ebenso notwendige wie hilfreiche Kampagne, die am Buß- und Betttag 2008 gestartet wurde. Nach einem Jahr konnten wir eine ermutigende Bilanz ziehen. Einzelnen und ganzen Gemeinden wurden neue Formen des Gebetes und auch begleitende Rituale, wie Klagesteine oder Kerzen, nahe gebracht.

Mein Dank gilt den Initiatoren der Kampagne aus landeskirchlichen Einrichtungen und der VEM. Sie haben Material zusammengetragen und Gemeinden sowie Einzelne angesprochen.⁵

III.2 Hoffnungszeichen durch kirchliche Initiativen

Ermutigende Hoffnungszeichen gegen die Schrecken persönlicher Lebenskrisen sind auch viele der ehrenamtlichen Initiativen unserer Kirche. Drei davon wurden am 5. Dezember 2009 in Düsseldorf mit dem Ehrenamtspreis der rheinischen Kirche ausgezeichnet:

Die Arbeitsloseninitiative Vallendar, das Jugendtelefon der Telefonseelsorge Krefeld-Mönchengladbach-Rheydt-Viersen und ein Kreis Ehrenamtlicher,

⁵ Zur weiteren Information vergleiche www.beten09.de.

der eine Begegnungsstätte auf dem Friedhof Leverkusen-Reuschenberg errichtet hat und betreut.

Beeindruckende Beispiele dafür, welche Hoffnungslichter zu entzünden der Glaube vermag!

Zwei Modellprojekte des Zentrums für Männerarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland, die von der Landesregierung NRW gefördert werden, dienen der Stärkung der Väter in ihrer Verantwortung für die Familie und die Erziehung der Kinder: „Zeit für Kinder - Familienverantwortung von Vätern unterstützen“ und „Vater-Kind-Angebote leiten“.

In den Projekten der rheinischen Männerarbeit werden Väter direkt in Kindertageseinrichtungen angesprochen. Um die Nachhaltigkeit und Verbreitung solcher Initiativen zu ermöglichen, werden Väter für die Leitung von Vater-Kind-Angeboten ausgebildet. Ferner werden vor Ort Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Vaterrolle aufgezeigt. „Herzstück“ der Projekte sind Vater-Kind-Seminare, die in Zusammenarbeit mit den Vätern geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Väter werden auf diese Weise in die Gestaltung der Einrichtungen einbezogen und bei der Erziehung und Begleitung ihrer Kinder unterstützt.

Gottes Geist inspiriert und stärkt die Motivationskraft und die Bereitschaft zum Engagement vieler Haupt- und Ehrenamtlicher unserer Kirche - ein ermutigender Hinweis auf die Gegenwart des lebendigen Gottes in seiner rheinischen Kirche.

III.3 Hoffnungszeichen durch „Basic Income Grant“ (BIG)

Ein von unserer Kirche unterstütztes Hoffnungsprojekt zur Armutsbekämpfung in Namibia ist am 31.12. 2009 zu Ende gegangen. Es trug den Namen „BIG“, also „Basic Income Grant“. „Bedingungsloses Grundeinkommen“ oder „Bürgergeld“ würde man dieses Instrument der Armutsbekämpfung in unserem Land nennen.

Das Dorf Otjivero-Omitara erlangte weltweite Aufmerksamkeit, weil es gelang, durch „BIG“ Unterernährung, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Alkoholmissbrauch, Prostitution und Kriminalität entscheidend zu reduzieren, dagegen aber die Gesundheit der Bewohner, den Schulbesuch der Kinder

und das Entstehen kleiner eigenständiger Betriebe entscheidend zu steigern. Die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in diesem Ort hat das bedingungslos zur Verfügung gestellte Geld genutzt, um mehr und Sinnvolles daraus zu machen - und nicht, um es sinnlos zu vergeuden.

Der Kampf vor Ort geht nun darum, den „BIG“ zu einem landesweiten Programm auszubauen. Das Thema spielt bei den augenblicklichen Wahlen eine große Rolle. Leider ist die Regierung - wohl unter dem Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds - immer noch zurückhaltend, dieses erfolgreiche Projekt auf das ganze Land auszudehnen.

Das Programm ist ein Hoffnungszeichen. Andere Kirchen, Institutionen und Einzelspender stehen zu ihm. Bischof Kameeta und viele Menschen in Namibia haben den „BIG“ zu ihrer Sache gemacht. „The struggle continues“ ist der abschließende Satz einer Mail an den Unterstützerkreis. Wir geben nicht auf!

III.4 Hoffnungszeichen gegen Armut von Kindern

Hoffnungszeichen gegen Armut und insbesondere gegen Armut von Kindern sind auch in unserem reichen Land notwendig und uns aufgetragen. Dass alle Kinder gleiche Lebenschancen haben sollen, ist und bleibt ein Gebot der Gerechtigkeit, auch wenn die Unterschiede sich weiter verschärfen.

Kinderfreibeträge bei der Steuer sorgen dafür, dass Kinder reicher Eltern von uns allen mit Hilfe der Finanzämter mehr Geld für ihr Leben, vor allem für ihre Bildung und Ausbildung zur Verfügung haben als Kinder der Eltern, deren Erziehungs- und Bildungsbemühungen durch Kindergeld gefördert werden. Schon durch diese Systematik entsteht ein Chancennachteil.

Es geht diesen Kindern aber deutlich besser als den Kindern der Eltern, die von „Hartz-IV“ leben. Denn das Kindergeld wird gegen die Grundversorgung aufgerechnet.

Gerade die Kindertagesstättenfinanzierung in NRW wird nach gründlicher Analyse der Erfahrungen mit dem KIBIZ kritisch und gegebenenfalls kontrovers zu diskutieren sein. Die Grundfragen heißen: sind die gesetzlichen Finanzierungen auskömmlich, werden die verschiedenen Träger fair und vergleichbar behandelt und wirken sich die gesetzlichen Regelungen zum Wohle der Kinder aus?

Es gibt aber Hoffnungszeichen: In Rheinland-Pfalz ist der Besuch der Kindertagesstätten kostenfrei für die Eltern, im Saarland das letzte Jahr vor

der Einschulung. Nordrhein-Westfalen unterhält immerhin den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Generell möchte ich dazu festhalten:

1. Nur ein klarer und an den realen Verhältnissen geschulter Blick hilft weiter: Erhöhung des Kindergeldes und direkt an Eltern gezahltes Betreuungsgeld kommen nicht in jedem Fall den Kindern zugute.
2. Um die Chancengleichheit benachteiligter Kinder zu fördern, muss der Löwenanteil des Geldes in betreuende, fördernde und begleitende Erziehungssysteme fließen. „Gerecht“ nach biblischen Maßstäben wäre es, wenn die Kinder armer Eltern dabei besonders gefördert würden.
3. Kommunen müssen ihre Kräfte und ihr Engagement zur Krisenintervention ergänzen durch geeignete Maßnahmen zur Prävention.

Dazu brauchen sie natürlich auch hinreichende finanzielle Mittel. Das sei ergänzend gesagt und ist bei jeder Steuerreform zu bedenken!

Ein Hoffnungszeichen sehe ich auch darin, dass die Bürgermeister armer Kommunen endlich ihre Stimme erheben und eine Stadt wie Wuppertal ein Aktionsbündnis mit dem Namen „Wuppertal wehrt sich“⁶ in seinen Mauern hat.

Dem Kirchenkreis Wuppertal danke ich sehr dafür, dass er sich an diesem Bündnis beteiligt. Und ich bitte die Kirchenkreise der anderen betroffenen Städte, sich in vergleichbarer Weise zu engagieren.

Der Auftrag Jesu, Kindern unsere Aufmerksamkeit zu schenken, gehört seit je her zum Kern unseres kirchlichen Lebens.

Ich danke Kirchengemeinden und Verbänden für ihren ungebrochenen Einsatz zum Erhalt oder sogar Ausbau von Kindertagesstätten, „U-3-Betreuung“, Hausaufgabenhilfen, Frühstückangebote für Kinder und Jugendliche vor der Schule, „Tafeln“, offene Kinder- und Jugendarbeit und Angebote in der Schule! Und diese Aufzählung ist keineswegs abgeschlossen - Hoffnungszeichen die aus unserem Trachten nach Gerechtigkeit erwachsen!

⁶ Nähere Informationen unter www.wuppertal-wehrt-sich.de.

Ergänzend ist hier Einiges zu benennen, das sich aus der Beschlussfassung unserer vergangenen Landessynode ergeben hat:

Am 30. April 2009 hat unsere Kirche gemeinsam mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, Karl-Josef Laumann, eine Auftaktveranstaltung zu unserer Aktion: „Chancenreich - Gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut“ in Düsseldorf veranstaltet.

Bisher haben sich drei weitere Regionalkonferenzen in den Kirchenkreisen Altenkirchen, An der Agger und Jülich angeschlossen. Dabei geht es darum, durch Information und die Präsentation geglückter Arbeitsformen Gemeinden, Verbände und Initiativen zu Projekten gegen Kinderarmut anzuregen.

Zur Koordination aller Aktivitäten berief die Kirchenleitung im Mai 2009 eine Arbeitsgruppe Kinderarmut.

Unsere Diakonie RWL hat einen Internetauftritt mit Projektbeispielen und Aktionen als Forum für gute und ermutigende Beispiele der Arbeit gegen Kinderarmut aufgebaut.⁷

Gerne unterstütze ich die Forderungen des westfälischen Präses, der für die Einrichtung einer bundesweiten Kinderarmutskonferenz sowie kostenloses Schulessen und Lernmittelfreiheit eintritt.

III.5 Hoffnungszeichen für langjährig geduldete Flüchtlinge

Noch immer brennt uns das Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge auf den Nägeln. Die Innenministerkonferenz hat am 03./04.12.2009 einen Schritt in die richtige Richtung getan, indem sie die zum Ende des letzten Jahres ausgelaufene Frist der Verbesserungen für die von Kettenduldungen betroffenen Menschen um zwei Jahre verlängert hat.

Menschen, die Arbeit haben oder in der Ausbildung sind, können bleiben. Aus unserer Sicht müssen darüber hinaus humanitäre Gesichtspunkte wesentlich stärker berücksichtigt werden. Kranke, Pflegebedürftige, alte Menschen dürfen nicht durch das Raster fallen. Langjährig Erwerbslosen sollten Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung eröffnet werden und die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung (höher als die Hartz-IV-Sätze!) sollen deutlich gesenkt werden.

Das Land NRW hat mit seinem Erlass vom 30.09.2009 zur gesetzlichen Altfallregelung Spielräume zu einer Neuinterpretation des Begriffs der „überwiegenden Lebensunterhaltssicherung“ genutzt. Das begrüßen wir sehr. Das Bleiberecht muss an Bedingungen geknüpft werden, die auch wirklich erfüllbar sind.

⁷ Chancenreich gegen Kinderarmut www.diakonie-rwl.de/index.php/mID/17/lan/de.

Kirchen und Diakonie mahnen seit langem eine grundsätzliche Lösung an, die den betroffenen Menschen eine echte Lebensperspektive eröffnet. Dazu brauchen wir eine neue Bleiberechtsregelung: Wer länger als fünf Jahre in Deutschland lebt, soll bleiben dürfen. Die Praxis der Kettenduldung muss ein Ende finden!

III.6 Hoffnungszeichen gegen die Schrecken des Klimawandels

Als Hoffnungszeichen gegen die Schrecken des Klimawandels wurden weitreichende, verbindliche Beschlüsse vom größten Umweltgipfel aller Zeiten in Kopenhagen erwartet. Immerhin schien der „Countdown to Copenhagen“ gut vorbereitet, die vorab verbreiteten Absichtserklärungen und Zielsetzungen machten Mut.

Das Ergebnis war ein Desaster, so hat es der schwedische Umweltminister gesagt. Das Schönreden, es sei immerhin ein erster Schritt zu einer neuen Weltklimaordnung, verschleiert das Versagen. Wirtschaftliche Interessen und Machtpolitik überlagerten in Kopenhagen die vernünftige Analyse.

Kopenhagen begann nicht bei Null – es war bereits die 15. Weltklimakonferenz! In Kopenhagen wurde zu Recht der Streit darüber ausgetragen, welche Lasten den Industrieländern, den Schwellenländern und den armen Ländern auferlegt werden können. Dabei ist eins ganz klar: einen Verzicht auf Entwicklung werden die Industriestaaten von den anderen Ländern nicht fordern können. Eine Zusammenarbeit auf dem Weg zu verbindlichen Reduktionszielen beim CO₂ Ausstoß muss zwischen den Schwellen- und Entwicklungsländern und den Industriestaaten auf Augenhöhe erfolgen.

Nach der Konferenz von Kopenhagen wächst nun der Druck auf die EU-Staaten, mit gutem Beispiel voranzugehen mit verbindlichen und kontrollierbaren Beschlüssen. Dabei müssen frühzeitig Verhandlungen mit anderen Staaten aufgenommen werden, um endlich Ergebnisse in den Folgekonferenzen zu erreichen. Auch die Größe und die Prozeduren der Konferenzen müssen überdacht werden.

Für uns in Deutschland bedeutet dies, an den vor Kopenhagen definierten Zielen festzuhalten, und wenn immer möglich, darüber hinauszugehen. Der Ausbau und die Nutzung regenerativer Energien weisen den Weg.

Der mit der Energieindustrie ausgehandelte Ausstieg aus der Atomtechnologie muss beibehalten werden.

Ich nenne folgende Gründe für meine Haltung:

1. Die Dauer der Strahlung der einzulagernden Brennelemente übersteigt das von Menschen verantwortbare Maß.
2. Es existiert immer noch kein Endlager. Die Erfahrungen mit dem Bergwerk „Asse“ machen erneut bewusst, was wir eigentlich schon immer über den Menschen wussten: Er ist nicht hinreichend zuverlässig, um mit einer Technologie umzugehen, die 100-prozentige Zuverlässigkeit erfordert.
3. Es wird beim Betrieb der Atomkraftwerke immer wieder zu schwereren Störfällen kommen, auch ein Supergau ist in Zukunft nicht auszuschließen.
4. Die Großtechnologie ist ein Hemmschuh für die notwendige Veränderung der Energieproduktion in ortsnahe Kleinteiligkeit.

Den Betrieb von Kohlekraftwerken halte ich für eine Übergangszeit für notwendig, allerdings ist die Verstromung von Braunkohle besonders kritisch. Ob die CO₂-Abscheidung sich als Zukunftstechnologie herausstellen wird, unterliegt dem Zweifel vieler Fachleute.

Ich stimme mit den Aussagen der Klimaallianz überein, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung mit der Streichung von Klimaschutzziele aus dem Landesentwicklungsprogramm - ausgerechnet während der Verhandlungen in Kopenhagen - ein falsches politisches Signal gesetzt hat. Die im gestrichenen § 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung vorgesehenen Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur Kraft-Wärme-Kopplung müssen weiterhin Ziel der Energiepolitik in NRW bleiben.

Aufgrund des Beschlusses der vergangenen Landessynode ist die Evangelische Kirche im Rheinland der Klimaallianz beigetreten und arbeitet in der Entwicklungspolitischen Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke mit. Die meisten ihrer Einrichtungen und Kirchengemeinden sind an Aufklärungsarbeit und konkreten Aktionen zu verbesserter Energienutzung und zur Verminderung der Treibhausgase beteiligt.

Alle öffentlichen Aktionen und Forderungen der Kirchen büßen jedoch erheblich an Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft ein, wenn wir anders handeln als wir fordern.

Die Landessynode 2008 hatte auf der Grundlage einer theologischen Analyse intensiv die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme der Globalisierung beraten. Mit einer einmaligen Beschlussfassung ist dieser Prozess nicht beendet. Die Folgeberichte der Projektgruppe zur Stellungnahme „Wirtschaften für das Leben“ belegen vielmehr, dass die Entwicklungen in den konkreten Handlungsfeldern weiter verfolgt werden müssen.

Ich begrüße, dass inzwischen beispielsweise in den Bereichen Arbeit, Sozialstandards, Ethisches Investment, Klimagerechtigkeit, Konsum und Migration Initiativen zur Verbesserung konkret benennbarer Probleme eingeleitet wurden und auch schon zu Ergebnissen geführt haben. Besonders betone ich, dass dieses nicht nur auf landeskirchlicher Ebene erfolgt, sondern dass auch viele Kirchenkreise und Kirchengemeinden ihr jahrelanges Engagement im Sinne der Stellungnahme „Wirtschaften für das Leben“ intensiv fortführen. Die Vernetzung in diesen Handlungsfeldern gewinnt an Bedeutung und wird zu Veränderungen führen.

Gott ruft uns durch die Schrift. Sein lebendiges Wort trifft und betrifft unser Leben. In der Gemeinschaft der Glaubenden, im Feiern der Mahlgemeinschaft miteinander und in der Gegenwart des Auferstandenen erfahren wir Stärkung und neue Kraft. Wir können uns, unseren Lebensstil und unsere gegenwärtigen Verhältnisse verändern!

Die Synode singt aus dem Lied „Wir glauben: Gott ist in der Welt“ die Strophe 6.

IV. Wir glauben: Gott schenkt uns Weggemeinschaft!

**„Wenn unser Leben Antwort gibt
darauf, dass Gott die Welt liebt,
wächst Gottes Volk in dieser Zeit,
und Weggenossen sind nicht weit. Amen“**

Unser Glaube an Gott und an Jesus Christus ist auch Ausdruck unserer Persönlichkeit und gibt geschichtlich-konkrete Lebensantworten.

Diese Lebensantworten erwachsen uns Christenmenschen zunächst aus unserer Weggemeinschaft mit Jesus Christus. In seinem Geist ist er gegenwärtig. Er lenkt persönliche Lebensentscheidungen. Und er ist und bleibt das Haupt aller christlichen Gemeinden. Durch Beratungen und Beschlüsse - und manchmal auch gegen sie - leitet er seine Kirche.

Wer mit diesem Herrn gemeinsam seinen Lebensweg geht, hat die große Familie Gottes mit dabei. Durch die Zugehörigkeit zu Christus gehören wir als Kirchen und als Christinnen und Christen durch die Zeiten hindurch, weltweit und konfessionsübergreifend zusammen.

Konkrete Glaubensantworten aus früheren Zeiten unserer Kirchengeschichte können wir heute nicht „eins-zu-eins“ übernehmen oder dogmatisch für alle Zeiten festschreiben. Sie können uns aber Wegweisung geben für unsere heute nötigen Glaubensantworten.

Ökumenische Weggemeinschaft gehört zu den Zeichen der wahren Kirche Jesu Christi. Unsere Verheißung bleibt die von Jesus selbst an Gott formulierte Bitte, „eins zu sein, damit die Welt glaube“ (Johannes 17,20f).

Die theologische Begründung und kirchenpraktische Pflege dieser Gemeinschaft ist unverzichtbarer Teil kirchlichen Lebens. Davon wird uns auch manches „Gedrängel um den Thron Christi“ nicht abhalten.

Weggemeinschaft auf dem Weg des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung erleben wir aber nicht nur mit Menschen und mit Gruppen, die unsere Glaubensbindung an Gottes Wort und unsere Gottesvorstellungen teilen. Auch diese Erfahrungen zählen zu den bedeutsamen Ereignissen für unsere Kirche.

IV.1 Weggemeinschaft in der Kirchengeschichte

Im vergangenen Jahr haben wir durch Erinnerungsfeiern an Johannes Calvin und an die „Barmer Theologische Erklärung“⁸ erinnert.

Gemeinsam mit allen Reformatoren wird Calvin von der Erkenntnis getragen, dass Gott uns in seinem Wort begegnet und anspricht. Das Wort Gottes, das uns in der Heiligen Schrift offenbart ist, entfaltet jenseits aller Hermeneutik und Exegese eine eigenständige Kraft.

Alle kirchlichen Bekenntnisse und alle Verfassungen von Kirchen treten gegenüber diesem Wort Gottes zurück. Wenn Bekenntnisse den Menschen bei der Vermittlung von Glaubensgewissheit behilflich sind, wenn kirchliche Verfassungen einen Lebensraum des Glaubens ordnen, dann mögen sie für eine konkrete Zeit und für einen konkreten Ort unverzichtbar, hilfreich und notwendig sein. Aufgabe der Bekenntnisse ist es aber auch, zum aktuellen Bekennen anzuleiten. Ordnungen müssen dem Leben der Gläubigen und der Kirche als Institution „zeitlich“ dienen und Neuformulierungen ermöglichen. Beides - das Bekennen und das Ordnen - muss immer wieder verändert werden, wenn Gottes Wort in ihnen konkret wirksam und erfahrbar werden soll.

Auf dem Boden dieser Erkenntnis veränderte besonders Johannes Calvin das Denken und die Kirche seiner Zeit. Das blieb nicht unwidersprochen. Die römisch-katholische Kirche versuchte im Bunde mit staatlicher Gewalt, das Feuer der Reformation auszutreten. Calvin und die reformierten Gemeinden mussten ihren Glauben in Verfolgung, Flucht und Widerstand leben, organisieren und bewahren. Hilfreich dafür war die presbyterial-synodale Ordnung ihrer Kirche.

Ihre Wirksamkeit war nicht davon abhängig, dass staatliche Autorität sie stützte oder durchsetzte, ja sogar ohne Prediger konnten die Gemeinden überleben. Denn diese Ordnung setzt darauf, dass sich alle Gläubigen der Verantwortung für das Leben und die Leitung der Gemeinden stellen. Sie geht davon aus, dass unter den Gläubigen genug begabte Menschen zu finden sind, die die für das Leben und die Leitung der Gemeinden

⁸ Nachzulesen u.a. in: Martin Heimbucher und Rudolf Weth (Hg.), Die Barmer Theologische Erklärung. Einführung und Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Huber, 7. überarbeitete und erweiterte Auflage, Neukirchen-Vluyn 2009.

notwendigen Funktionen erfüllen können. Diese Ordnung ermöglichte den Flüchtlingsgemeinden ein geordnetes kirchliches Leben.

Danken möchte ich allen Gemeinden, Kirchenkreisen und Pfarrerinnen und Pfarrern, die das Gedenken an den fünfhundertsten Geburtstag Johannes Calvins zu ihrer Sache gemacht haben und die die heutige Bedeutung und das damalige Wirken Calvins zur Sprache brachten.

Dass diese presbyterial-synodale Ordnung einer Kirche auch unabhängig von Flucht- und Verfolgungszeiten dem Wirken des Heiligen Geistes einen geeigneten Raum gibt, dessen wurden sich reformierte Christenmenschen in den letzten Jahrhunderten gewiss.

Im Jahr 1610 tagte in der Salvator-Kirche zu Duisburg die erste reformierte Generalsynode im Bereich unserer rheinischen Kirche. Sie vollzog den Schritt der dort versammelten Gemeinden in die Selbstständigkeit, waren sie doch bis dahin einem niederländischen Kirchenverbund eingegliedert.

Grundlegende Beschlüsse zur Ordnung der Kirche und den Aufgaben der Gemeinden in den Bereichen Bildung und Diakonie wurden damals gefasst.

Neben den Beschlüssen des Weseler Konvents von 1568 - der Versammlung von Vertretern niederländischer Flüchtlingsgemeinden in Wesel - wurde in Duisburg das Fundament zur presbyterial-synodalen und damit zu unserer rheinischen Kirchenordnung gelegt.

In diesem Jahr werden wir nach 400 Jahren auch durch eine Sondersynode in der Salvator-Kirche zu Duisburg an dieses Ereignis zurückdenken, in Dankbarkeit gegenüber unseren Vätern und Müttern im Glauben nach der aktuellen Bedeutung der damaligen Beschlüsse fragen und öffentlich davon reden.

In Verbindung mit dem Calvinjahr, aber doch als ein Ereignis mit einer ganz eigenen und unsere Gegenwart nach wie vor prägenden Bedeutung erinnerte unsere Kirche im vergangenen Jahr an 75 Jahre „Barmer Theologische Erklärung“.

Gegen die „Verwüstungen“ des theologischen Denkens und der Kirche durch die „Deutschen Christen“ wurde 1934 erneut bekannt, was für die christlichen Kirchen seit alters her gültig ist und in der Reformation neu bestätigt wurde:

Jesus Christus allein ist der Herr unserer Kirche!

Jesus Christus, das lebendige Gotteswort, begegnet uns in der Heiligen Schrift, der allein maßgeblichen Offenbarung und Richtschnur für unseren Glauben.

„Jesus Christus“, das sind deshalb bewusst die ersten Worte der Barmer Erklärung und auch die ersten Worte unserer Kirchenordnung.

Auch unser heutiges Selbstverständnis „Missionarisch Volkskirche sein“ ist von der Barmer Erklärung geprägt. In der Tradition Barmens bestimmen wir unsere Aufgaben und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Gestalt unserer Kirche: „das Evangelium von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“ ist uns aufgegeben.

Von unveränderter Aktualität ist für uns auch die Beschreibung des Verhältnisses von Kirche und Staat: Aufgabe der Kirche ist es, den Staat an „Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“ zu erinnern.

Um dieser in Barmen neu zur Sprache gebrachten Verantwortung nachzukommen, nehmen wir als rheinische Kirche zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit Stellung. Täten wir es nicht, würden wir unser Kirche-Sein in Frage stellen.

IV.2 Weggemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland

„Wenn unser Leben Antwort gibt darauf, dass Gott die Welt liebt, wächst Gottes Volk in dieser Zeit, und Weggenossen sind nicht weit“, bekennt das Glaubenslied.

Viele gemeinsame Schritte evangelischer Landeskirchen stehen in einem größeren Zusammenhang mit dem Reformprozess der EKD, der durch das Impulspapier „Kirche der Freiheit“ angeregt wurde.

Neben der Einrichtung gemeinsamer Kompetenzzentren in Wittenberg zur Predigtkultur, in Hildesheim zur Liturgie und Gottesdienstgestaltung und in

Dortmund, Stuttgart und Greifswald zur Mission in der Region wurden zwei Kongresse in Wittenberg und Kassel veranstaltet.

Trotz vereinzelter Kritik habe ich den Kongress in Kassel als ermutigend und weiterführend erlebt. Für die erfolgreiche Fortführung des Reformprozesses wird zweierlei entscheidend sein:

1. Dieser Prozess muss auch zur Sache der Gemeinden und der Pfarrerinnen und Pfarrer werden.
2. Weitere kirchliche Handlungsfelder wie Ökumene, Diakonie und gesellschaftliche Verantwortung sind in den Prozess aufzunehmen.

Allen, die im Rheinland an der Begleitung dieses Prozesses beteiligt sind, danke ich herzlich für ihr Engagement. Die im Landeskirchenamt installierte Arbeitsgruppe ist zu nennen sowie die Verantwortlichen in den Kirchenkreisen und Gemeinden, die neben ihren vielen Aufgaben sich auch diese Sache zu Eigen machen.

IV.3 Weggemeinschaft in der Ökumene

Durch die EKD sind wir eingebunden in die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK).

Weggenossen räumen einander nicht nur Steine aus dem Weg, sondern werden manchmal auch zu Stolpersteinen füreinander.

Das erfahren wir gerade mit der russisch-orthodoxen Kirche. Den von ihren Vertretern vorgebrachten theologischen Argumenten gegen Frauen im Bischofsamt treten wir mit unseren aus der Heiligen Schrift gewonnenen theologischen Erkenntnissen entgegen: Gott gießt seinen Geist auch über Frauen aus, wie es der Prophet Joel und die Apostelgeschichte bezeugen. (Vergleiche: Joel 3,1 und Apostelgeschichte 2,14ff). In Christus werden die Unterschiede zwischen Männern und Frauen nachrangig (Vergleiche: Galater 3,28). Das gilt auch für die Berufung und die Befähigung von Frauen für Leitungsämter in seiner Kirche.

Auch die Entwicklungen beim ÖRK verfolgen wir mit Sorge. Nach allen Veränderungen, insbesondere den veränderten Verfahrensweisen auf

Initiative der orthodoxen Kirchenfamilie, kam es zu einer handfesten Krise bei der Wahl des Generalsekretärs. Mit der Wahl des Norwegers Dr. Olav Fykse Tveit scheint nun die Voraussetzung dafür gegeben zu sein, dass der ÖRK seine Arbeit in größerer Ruhe fortführen und insbesondere die Dekade zur Überwindung der Gewalt im Jahre 2011 erfolgreich abschließen kann. Trotz aller Kritik bleibt der ÖRK unverzichtbarer Ausdruck kirchlicher Weggemeinschaft. Er kann auf die Unterstützung der rheinischen Kirche zählen.

Zwei unserer bilateralen ökumenischen Beziehungen haben unseren Glauben „Gott ist in der Welt!“ im letzten Jahr neu gestärkt:

Mitglieder unserer Kirchenleitung haben unsere Partner-Conferences der United Church of Christ (UCC), die PennCentral und die Southern Conference sowie die Zentrale der Kirche in Cleveland besucht.

Unsere Partner haben eindrucksvolle Öffentlichkeitskampagnen - wie z.B. „Unser Glaube ist 2000 Jahre alt, unser Denken nicht“ - unter der Gesamtüberschrift entwickelt: „Setze keinen Punkt, wo Gott ein Komma setzt: Gott spricht auch heute.“

Gerade ihr konkretes Bekenntnis des Glaubens, dass Gott mitten in der Welt erfahrbar ist, also ihr gesellschaftliches und politisches Engagement, führt unsere Partnerkirche in Zerreißproben. Die Polarisierung Amerikas entlang der Linien Militarismus, Liberalität und Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und Aufbau eines funktionierenden Sozialsystems spiegelt sich in den Gemeinden wieder. Die UCC verliert mehr Gemeinden als sie neue hinzugewinnt. Deshalb wurden Initiativen zur Stabilisierung, Revitalisierung alter Traditionsgemeinden und zum Aufbau neuer Gemeinden entwickelt.

Von diesen Initiativen können wir lernen, denn auch uns geht es darum, Menschen für den Glauben **und** für die Mitgliedschaft in den Gemeinden zu gewinnen: missionarisch wollen wir Volkskirche sein.

Nach ausführlichen Gesprächen und kurzen Verhandlungen konnte ein Partnerschaftsvertrag mit der Reformierten Kirche Ungarns unterzeichnet werden. Es wird nun darauf ankommen, den Vertragstext über die Begegnung der zuständigen „Offiziellen“ unserer Kirchen hinaus mit Leben zu erfüllen, und zwar auf allen Ebenen unserer Kirche.

Die Unterzeichnung des Vertrages geschah während einer Tagung der ungarischen Synode im Zusammenhang mit der Information der Synodalen über die Barmer Theologische Erklärung und dem gemeinsamen Lesen ihres Textes. Unsere Partnerkirche hat eine Kommission der Synode eingesetzt, um die Aufnahme der Erklärung in die Liste der für die Kirche geltenden Bekenntnisse vorzubereiten. Bei der Bewertung der damit angesprochenen theologischen Fragen sind wir einander sehr nahe.

Dankbar habe ich wahrgenommen, dass schon einzelne rheinische Gemeinden partnerschaftliche Beziehungen zu ungarischen Gemeinden pflegen. Eine Ausweitung des Kreises solcher Gemeinden und die Bildung eines koordinierenden Arbeitskreises auf landeskirchlicher Ebene scheinen mir nun notwendig zu sein.

Weggemeinschaft mit unserer römisch-katholischen Schwesterkirche pflegen wir am intensivsten zwischen den Kirchengemeinden. Wir erleben dabei nicht nur die Überwindung trennender Gräben oder gegenseitige Ermutigung und Stärkung. Wir leiden manchmal auch an einer einseitigen Profilierung auf Kosten und zu Lasten der jeweils anderen. Und manche Kirchengemeinden klagen zu Recht darüber, dass gewachsene ökumenische Traditionen wieder zurückgeschnitten werden.

Eine wichtige neue Wegetappe mit unseren römisch-katholischen Glaubensgeschwistern begann im November des letzten Jahres mit der Gründung des „Ökumenischen Instituts für interreligiösen Dialog“ an der Universität Trier. Hierbei handelt es sich um den seltenen Fall einer echten ökumenischen Trägerschaft. Die Anwesenheit muslimischer Vertreter und die bestehenden Kontakte zur jüdischen Gemeinde Trier lassen erwarten, dass von der Arbeit dieses Instituts kräftige Impulse zum besseren Verstehen und zu einem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen ausgehen werden.

Wichtig für diese Weggenossenschaft ist, dass Professor Dr. Andreas Mühling als Studierendenpfarrer Seelsorge, Lehre und Ökumene verbinden kann. Ihm und seinem Team danke ich sehr herzlich für sein erfolgreiches Wirken. Mein Dank gilt aber auch dem Bistum Trier und der Universität Trier dafür, dass sie die Gründung dieses Instituts ermöglicht haben.

Dem guten ökumenischen Geist ist es auch zu verdanken, dass Bischof Ackermann und ich die gemeinsame Erklärung „Hilfe für die Schwächsten am Arbeitsmarkt“ herausgeben konnten.

Auf die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir hingewiesen und dabei besonders das Schicksal der Zeit- und Leiharbeiter ins Auge gefasst, die als erste gekündigt werden. Es ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde, wenn dieser Personenkreis wie eine Verfügungsmasse behandelt wird. Dass wir nicht die Hoffnung aufgeben, dass die Krise im Geist der sozialen Marktwirtschaft überwunden wird, haben wir genauso erwähnt wie das Programm „JobPerspektive“, das besonders auf Langzeitarbeitslose zugeschnitten ist.

Zu den wichtigen Ereignissen für unsere Kirche zählen auch die Erfahrungen vertrauensvoller Weggemeinschaft mit Freikirchen, mit den orthodoxen Kirchen und vor allem mit den Altkatholiken. Wir sind dankbar für den partnerschaftlichen, verlässlichen und geschwisterlichen Umgang miteinander auf unserem gemeinsamen Weg der Nachfolge Jesu Christi.

Auf eine uns sehr vertraute und in langer Freundschaft verbundene „Stimme“ werden wir in Zukunft verzichten müssen:

Der altkatholische Bischof Joachim Vobbe, dessen Grußworte unsere Synode bereicherten, hat seinen Rücktritt erklärt und wird sein Amt in diesem Frühjahr an seinen Nachfolger übergeben. Ein solcher Wechsel gehört zum ökumenischen Leben hinzu. Wir danken für sein Weggeleit in den vergangenen Jahren und werden ihn mit unserer Fürbitte und persönlichen Anteilnahme begleiten.

IV.4 Weggemeinschaft mit Israel

Unser Glaube an Gott verweist uns Christenmenschen immer wieder neu an unsere Weggenossenschaft mit dem Gottesvolk Israel.

In Aufnahme des Beschlusses dieser Synode aus dem Jahre 1980 haben die Ausschüsse „Christen und Juden“ und der „Ständige Theologische Ausschuss“ die Thematik der Judenmission noch einmal gesondert aufgenommen und vertieft behandelt. Auslöser dafür waren Initiativen zur Judenmission in unserem Land. Die Kirchenleitung hat sich die Ausarbeitung der Ausschüsse zu Eigen gemacht und sie veröffentlicht. Die Arbeit in den Ausschüssen führte zu der Erkenntnis: „Judenmission“ ist der christlichen Gemeinde **nicht geboten**.

Der Missionsbefehl spricht von den „Völkern“, also den Heidenvölkern und gerade nicht von Israel. Der Apostel Paulus betont die Treue Gottes zu seinem Volk und erwartet, dass am Ende der Zeiten, wenn alle anderen Völker sich zu Christus bekennen, auch ganz Israel Jesus als seinen Messias erkennt und bekennt. In der Zwischenzeit hat Gott sein Volk verstockt, und nur er kann diese Verstockung lösen.

Mit dieser Argumentation wird der „Zwei-Wege-Theorie“ widersprochen. Damit ist gemeint: Der Weg des Judentums zu Gott führt über die Thora, der Weg des Christentums über Christus. Unsere Schrift hält dagegen: Auch für Israel führt der Weg nicht an Christus vorbei, wohl aber an der Kirche.

Mit Respekt werden die „Messianischen Juden“ in der Schrift als Menschen gewürdigt, die aufgrund eigener Erkenntnis und Erfahrung schon jetzt Jesus als ihren Messias erkannt haben. Sie stellen ein herausragendes Zeugnis unseres Glaubens innerhalb Israels dar.

Eine Delegation der Kirchenleitung hat im vergangenen Jahr das Heilige Land besucht, um sich über die aktuelle Situation zu informieren und rheinische bzw. EKD-Aktivitäten in Israel kennen zu lernen. Aufgrund der Erfahrungen der Reise möchte ich folgende mir persönlich wichtige Anmerkungen machen:

1. Eine Perspektive für den Weg zu einem Frieden kann ich in der aktuellen Politik Israels und Palästinas nicht erkennen. Die Radikalen beider Seiten setzen auf Sieg und Unterwerfung bzw. Vertreibung.
2. Permanentes Unrecht, ständige Demütigungen, sowie latente und manifeste Gewalt sind kaum zu überwindende Hindernisse auf dem Weg zum Frieden. Die Regierungen beider Seiten tragen dazu bei. Meine besondere Verbundenheit mit Israel lässt mich über das Ausmaß der von Israel ausgeübten Gewalt auch besonders erschrecken.
3. Dass Israel „Besatzer“ ist, hinterlässt Spuren - nicht nur in Palästina, sondern auch an den jungen israelischen Soldatinnen und Soldaten.
4. Mit Errichtung der Mauer haben die Selbstmordattentate aufgehört. Aber der Verlauf der Mauer ist verbunden mit widerrechtlicher Enteignung von Land. Sie schafft ferner eine Situation, die Begegnung verhindert und Friedensarbeit enorm erschwert.
5. Die Konkretion unserer Weggemeinschaft mit den Christinnen und Christen Palästinas bedarf erneuter Aufmerksamkeit und Erörterung.

Diese Überlegungen bedeuten keine Abkehr oder Distanzierung von den Beschlüssen und Erklärungen der rheinischen Kirche zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden. Hier sind wir nach wie vor am Anfang und dürfen in unserer Arbeit nicht nachlassen, damit schon Erkanntes nicht wieder in Vergessenheit gerät. Auch gegen Neonazis, Antijudaismus und

Antisemitismus in unserem Land und weltweit müssen wir uns weiterhin engagieren.

Weggemeinschaft miteinander zu leben heißt aber auch den Mut zu haben, einander offen zu befragen und sich gegenseitig in Frage stellen zu lassen.

Um unseres gemeinsamen Glaubens an den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit willen wollen wir aber nicht aufhören, die Politik unserer Staaten an dem zu messen, was schon die Propheten als Maxime verkündet haben: „Frieden ist eine Frucht der Gerechtigkeit“.

IV.5 Weggemeinschaft mit anderen Religionen

Der „Runde Tisch der Religionen in Deutschland“ hat ein Papier mit dem Titel verfasst: „Vertrauen schaffen - Vertrauen wagen. Herausforderungen für die Religionen.“ Auf dem Ökumenischen Kirchentag in München soll dieses Papier diskutiert und verabschiedet werden - ein Beitrag zum öffentlichen Diskurs in unserem Land, der hoffentlich zum besseren Verstehen und friedlichen Zusammenleben der Religionen untereinander dient.

Ich trete deshalb allen Initiativen für eine europäische „Anti-Minarett-Kampagne“ mit Nachdruck entgegen. Die fremdenfeindliche Vereinigung „Pro NRW“ will bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 eine politische Strategie entwickeln, um den Neubau muslimischer Gebetshäuser in NRW zu verhindern. Diesen Bestrebungen müssen wir aus theologischen und politischen Gründen widerstehen. Die Diskriminierung oder sogar Verfolgung unserer Glaubensgeschwister und das Verbot von Kirchenbauten in islamischen Ländern müssen wir deutlich beklagen und auf Veränderung drängen. Gerade muslimische Gläubige und Verbände in unserem Land sind gefordert, für Religionsfreiheit in ihren Heimatländern nach den Maßstäben einzutreten, die sie in der Bundesrepublik Deutschland für sich

in Anspruch nehmen. Gleichwohl gilt: Das Erleiden von Unrecht rechtfertigt für Christenmenschen nicht das Ausüben von Unrecht!

IV.6 Weggemeinschaft mit säkularen Gruppen und Institutionen

Das Gespräch mit Vertretern von Medien, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Kommunen und Kreisen ist für den Weg unserer Kirche von großer Bedeutung.

Auch diese Weggemeinschaft ist nicht immer konfliktfrei: Wir erleben zum Beispiel unerfreuliche Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft Verdi.

Verdi weigert sich, an der Arbeitsrechtsetzung unserer Kirche mitzuarbeiten und bestreitet das verfassungsmäßige Recht der Kirchen, ihre Angelegenheiten - also auch ihr Arbeitsrecht - in eigener Verantwortung zu regeln. Widerrechtlich rief die Gewerkschaft zu Streiks bei diakonischen Arbeitgebern auf, im Bereich unserer Landeskirche gegen die Kreuznacher Diakonie. Obwohl der Erfolg des Streikaufrufes durchaus überschaubar blieb, ist die Brisanz angesichts der grundsätzlich damit verbundenen Fragen nicht zu unterschätzen. Aus diesem Grunde haben sowohl die Kirchenkonferenz der EKD wie der Diakonische Rat mit gleichlautenden Beschlüssen festgestellt, dass der Dritte Weg in Kirche und Diakonie nicht in Frage steht.

Bei unseren Begegnungen und Gesprächen kommen wir mit vielen Menschen zusammen, die uns bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens zu solidarischen Weggenossen werden. Dankbar kann ich feststellen, dass sich viele säkulare Gruppen dem Meinungs austausch mit Kirche nicht verschließen und dort, wo Kooperationen verabredet werden, verlässliche und faire Partner sind.

Solidarische Weggenossenschaft praktiziert unsere Kirche gegenwärtig auch in dem gemeinsamen Widerspruch gegen die bedrohliche Verschuldung von Kommunen und Kreisen. Dringend ist eine Verbesserung

der finanziellen Ausstattung gerade in strukturschwachen Regionen notwendig. Es ist zumindest zu fragen, ob das Verfassungsgebot gleicher Lebensverhältnisse noch Realität ist.

Der bauliche Zustand von Schulen und Straßen, die Gefährdung der Existenz wichtiger Gemeinschaftseinrichtung wie z.B. Sportstätten und Theater sind ein Symptom dafür, dass die Finanzverteilung seit Jahren unausgewogen und „ungerecht“ ist. Vielen Kommunen und Kreise können ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr aus den Einnahmen finanzieren - von freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen. Es entwickeln sich in immer stärkerem Maße ganz unterschiedliche Lebensverhältnisse in unserem Land. Benachteiligte werden dadurch stärker benachteiligt, Bevorzugte stärker bevorzugt. Ein Auseinanderentwickeln unserer Gesellschaft zu Lasten der Armen und zum Vorteil der Reichen beklagen wir auch in unserer Kirche schon seit Jahren - ohne dass sich daran etwas ändert. Ganz im Gegenteil: Das Tempo nimmt eher zu.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch nicht überwunden. Über die dazu geeigneten Maßnahmen wird politisch gestritten. Mit Skepsis betrachte ich, dass Wachstumsbeschleunigung mit erhöhter Verschuldung erreicht werden soll. Das Versprechen, Steuerkürzungen refinanzierten sich durch Wirtschaftswachstum selbst, ist bisher niemals eingelöst worden. Das gelingt höchstens zu einem Drittel sagt die Erfahrung mit solchen Programmen. Zwei Drittel der zusätzlichen Verschuldung bleibt und muss anders ausgeglichen werden. Das wird bedeuten: Sozialabbau, weiteres Aufbrechen solidarischer Finanzierung der Sozialkassen - alles zu Lasten der kleinen Leute. Dieser Politik gegenüber müssen wir an Gottes Recht und Gerechtigkeit erinnern. Wir halten diesen Weg für falsch.

Mit einer erfreulichen - und erfolgreichen - Erfahrung von Weggemeinschaft will ich diese Überlegungen beenden: Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember ein bemerkenswertes Urteil zum Schutz des Sonntages gesprochen.

Die evangelische und die katholische Kirche Berlins hatten um des Gebotes der Feiertagsruhe willen geklagt. Aber es geht ihnen beim Schutz des Sonntages auch um ein „säkulares“ Anliegen: Einen menschenwürdigen und familienfreundlichen Rhythmus von Arbeit und Ruhe, Alltag und Sonntag gilt es zu erhalten oder wieder zu gewinnen. Nicht nur der einzelne Mensch, auch ein Gemeinwesen braucht gemeinsame Ruhetage. Es war

eine gute Erfahrung, mit den Richterinnen und Richtern des Bundesverfassungsgerichtes hier gemeinsam unterwegs zu sein.

Lassen wir uns zur konkreten Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zeugnisses und Dienstes inspirieren von Jesu Gleichnis vom „barmherzigen Samariter“: Fragen wir nicht nur „Wer ist unser Weggenosse?“, sondern auch „Wem können wir zum Weggenossen werden?“ Wir werden unerwartet und überraschend Ermutigung und Stärkung auf unseren Wegen erfahren!

V. Schlussbemerkungen

Jesus Christus spricht:

Euer Herz erschrecke nicht zu Tode und verwirre euch nicht!

Glaubt an Gott und glaubt an mich!

Wir glauben an Gott und Jesus Christus.

Wir glauben: Gott ist in der Welt!

Dieser Glaube bewahrt unsere Herzen vor tödlichem Erschrecken!

Dieser Glaube bewahrt unser Denken und Fühlen vor Verwirrung und Lähmung!

Gott ist gegenwärtig! Auch heute. Auch auf unserer Synode!

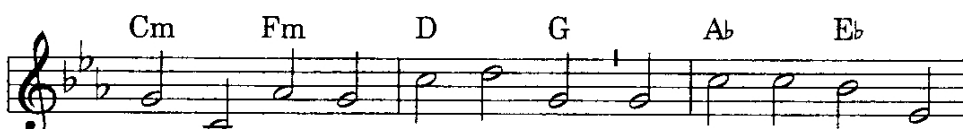
In diesem Glauben singen wir ein Hoffnungslied für unser Leben, für unsere Kirche und für unsere Welt!

Die Synode singt das Lied „Wir glauben: Gott ist in der Welt“ (Strophe 1 - 6).

100 Wir glauben: Gott ist in der Welt



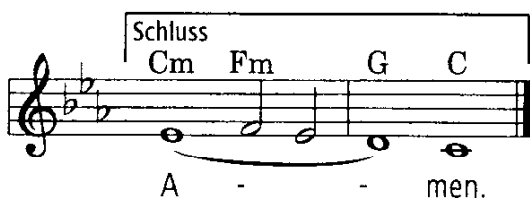
1. Wir glau - ben: Gott ist in der Welt, der
 2. Wir glau - ben: Gott hat ihn er - wählt, den
 3. Wir glau - ben: Got - tes Schöp - fer - macht hat



1. Le - ben gibt und Treu - e hält. Er fügt das All und
 2. Ju - den Je - sus für die Welt. Der schrie am Kreuz nach
 3. Le - ben neu ans Licht ge-bracht, denn al - les was der



1. trägt die Zeit, Er - bar - men bis in E - wig - keit.
 2. sei - nem Gott, der sich ver - birgt in Not und Tod.
 3. Glau - be sieht, spricht sei - ne Spra - che, singt sein Lied.



4. Wir glauben: Gott wirkt durch den Geist, / was Jesu Taufe uns verheißt: /
 Umkehr aus der verwirkten Zeit / und Trachten nach Gerechtigkeit.

5. Wir glauben: Gott ruft durch die Schrift, / das Wort, das unser Leben trifft. /
 Das Abendmahl mit Brot und Wein / läßt Hungrige zur Hoffnung ein.

6. Wenn unser Leben Antwort gibt, / darauf, dass Gott die Welt geliebt, /
 wächst Gottes Volk in dieser Zeit / und Weggenossen sind nicht weit.

Text: Gerhard Bauer 1985. Musik: Christian Lohusen (vor 1945) 1948 („Wir glauben Gott im höchsten Thron“; EG 184). © Bärenreiter-Verlag, Kassel